

NEWSLETTER September 2023

Liebe Leserinnen und Leser,

wir alle merken, der Klimawandel kommt viel dramatischer als viele gedacht haben! Diesen Sommer folgte auch in Europa Naturkatastrophe auf Naturkatastrophe: Hitze und Dürre, verheerende Brände und Fluten, die viele Opfer gefordert haben. Die zweite globale Krise ist der Verlust an Biodiversität, sie wird von vielen immer noch unterschätzt. Deshalb stehen wir Grünen in Europa hinter dem Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie. Eine andere Agrarpolitik ist wesentlicher Bestandteil davon.

In den letzten Monaten sind einige wichtige Legislativvorschläge der EU-Kommission auf den Tisch gekommen, die die Probleme unserer Zeit angehen sollen, u.a. zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden, zum Saatgut, zur Bodengesundheit und zur sog. Neuen Gentechnik. Ich musste leider feststellen, dass alle Vorschläge weit hinter den Anforderungen für eine nachhaltige Zukunft zurückbleiben und den Ambitionen des Green Deals nicht gerecht werden. Als Berichterstatter meiner Fraktion im Europaparlament zu Saatgut und Gentechnik werde ich mich für eine Verbesserung einsetzen. Andere Dossiers zum Tierschutz und zum nachhaltigen Ernährungssystem bleibt uns die Kommission bisher schuldig, es ist fraglich, ob sie überhaupt noch kommen.

Mehr zu diesen und weiteren Themen in diesem aktuellen Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen,

Euer Martin

MARTIN HÄUSLING, MDEP

Mitglied des Europäischen Parlaments
Grüner Europaabgeordneter für Hessen

THEMEN IN DIESEM NEWSLETTER:

Schutz der Biodiversität

Gesetz zur Wiederherstellung d. Natur trotz massiven Widerstands der Konservativen auf den Weg gebracht

Glyphosat: Sieg der Unvernunft!!

Geplante Deregulierung der Gentechnik

Freifahrtschein für Neue Gentechnik muss verhindert werden!
EU-Kommission legt Deregulierungsvorschlag für CrisprCas und Co vor

Das Wasser wird knapp

Neues Positionspapier zu Wasser

Veröffentlichung „Nature Package“- Gesetzesvorschläge der EU-Kommission

Vorschlag der Kommission zur Neuordnung des Saatgutrechts ist besorgniserregend

Vorschlag zum Bodenschutzgesetz: schwach

Aktuelles

Viel erreicht, noch mehr zu tun – Ich will die Grünen Hessen wieder in Europa vertreten
Stellenausschreibung: Agrar- und Umwelt-Referent*in in Berlin gesucht

Terminvorschau & Terminrückblick



SCHUTZ DER BIODIVERSITÄT

Gesetz zur Wiederherstellung der Natur: Trotz massiven Widerstands der Konservativen auf den Weg gebracht

Am 12. Juli hat das Europäische Parlament seine Position zum EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (engl. „Nature Restoration Law“, kurz: NRL) angenommen. Dank dieser wichtigen Entscheidung können nun Schritte eingeleitet werden, um dem Klimawandel entgegenzuwirken, Biodiversität zu fördern, und Europas geschundene Natur ([80% der europäischen Naturschutzgebiete befinden sich in einem schlechten Zustand](#)) wiederherzustellen - ein Meilenstein, nicht nur in Sachen Naturschutz, sondern auch für die Ernährungssicherheit in Europa. Denn wir wissen, dass nur gesunde Ökosysteme unser Überleben sichern und Europa in Zukunft nachhaltig mit Lebensmitteln versorgen können.

Doch die Entscheidung über das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur stand lange auf der Kippe. Die Konservativen (Europäische Volkspartei, EVP) hatten sowohl im Landwirtschaftsausschuss als auch im Fischereiausschuss den Verhandlungstisch verlassen. Im federführenden Umweltausschuss hatte sich die Mehrheit der Konservativen bei der Abstimmung gegen das Gesetz ausgesprochen. Der Kampf um das Gesetz, der sich über die letzten Monate entfaltet hat, zeigt uns eines: Konservative Parteien sprechen zwar oft von Naturschutz, ihre Taten zeigen jedoch, dass sie zu eng mit der Agrarlobby verbandelt sind, um ernsthafte Schritte für die Wiederherstellung der Natur einzuleiten. Die Gegenkampagne im Vorlauf der Abstimmung über das NRL im Parlament beweist, dass die EVP ohne Scham wissenschaftliche Erkenntnisse mit Füßen tritt, um eine Agrarlobby zu unterstützen, die nur auf kurzfristige Profite aus ist und dabei sogar mit dem rechten Rand paktiert. Niemand kann die Zeichen der sich zuspitzenden Umweltkatastrophe, die auch in Europa schon begonnen hat, ignorieren: Dürre, Hitze, Artensterben, Starkregen und Fluten. Wer in solchen Zeiten politische Weichenstellungen für unser Überleben ausbremst, handelt unverantwortlich und wissenschaftsignorant und hat eine völlig überholte Auffassung von „Ernährungssicherheit“.

Die EVP begründete ihre Gegenkampagne damit, nur im Sinn der Bauern zu handeln - das NRL würde Bauern zu viele Restriktionen auferlegen und Lebensmittelpreise zum Steigen bringen. Doch das ist zu kurz gedacht, denn auf lange Sicht ist der größte Feind der europäischen Landwirtschaft nicht der Naturschutz, sondern die Zwillingskrise aus Klimawandel und Artensterben. Auf totem Land wächst kein gesundes Gemüse.

Mit der Entscheidung für das NRL – wenn auch verwässert - haben wir nun einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Jetzt ist entscheidend, dass der Ministerrat mit einer ehrgeizigeren Position als das Europäische Parlament möglichst viel für den Naturschutz bei den Trilog-Verhandlungen herausholt.

Mehr lesen:

[PM zur Plenarabstimmung zum Gesetz zur Wiederherstellung der Natur \(Nature Restoration Law\)](#)
[Gastbeitrag Frankfurter Rundschau](#)

Glyphosat: Sieg der Unvernunft!!

Glyphosat ist das meistverkaufte Herbizid der Welt. Wo es versprüht wird, tötet es alle Pflanzen ab (es sei denn sie wurden gentechnisch so verändert, dass sie die Pestiziddusche überleben). Ende des Jahres 2023 läuft die aktuelle EU-Zulassung von Glyphosat aus ([s. BMEL Überblick zur aktuellen Neubewertung](#)). Bei der letzten Zulassungsverlängerung 2018 - die gegen den Wunsch und Willen der mehrheitlichen europäischen Bevölkerung erfolgte - stellte sich heraus, dass die Zulassungsbehörden gar keine eigenständige Bewertung von Glyphosat durchgeführt hatten und sich stattdessen auf die Beurteilung der Hersteller beriefen – ein trauriges Beispiel für eine nach wie vor nicht ausreichend neutrale Bewertung von Pestiziden seitens der Europäischen Behörden und eines den Anforderungen nicht gerecht werdenden Zulassungsverfahrens.

Der zuständige Ausschuss der [EU-Kommission hat am 20.09.23 darüber entschieden](#), dass die Zulassung um weitere 10 Jahre verlängert werden soll, nachdem die EFSA im Sommer in ihrer Glyphosatabwertung, trotz [großer offener ungeklärter Fragen](#), keine Einwände gegen die Zulassung geäußert hatte.



Die Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen von Glyphosat sind gravierend



- Glyphosat schadet Bestäubern wie Honigbienen – schwächt ihr Immunsystem und stört ihr Orientierungsvermögen¹
- Die Zahl der Regenwürmer nimmt durch Glyphosat ab und damit auch die Bodengesundheit²
- Glyphosat schädigt auch andere Bodenorganismen³.
- Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC), eine Unterorganisation der WHO, hat Glyphosat schon 2015 als wahrscheinlich krebserregend eingestuft⁴
- Eine Studie der Washington State University hat schon 2015 einen Zusammenhang zwischen Glyphosat und Parkinson belegt⁵
- 2022 hat eine finnische Studie Auswirkungen auf das menschliche Mikrobiom untersucht: Rund die Hälfte der Bakterien sind empfindlich gegenüber dem Herbizid⁶

Die Grünen im Europäischen Parlament haben sich bis zum Schluss für ein Totalverbot von Glyphosat eingesetzt.

Petition: <https://act.greens-efa.eu/glyphosate>

Nun liegt es an den nationalen Behörden, den Einsatz so weit wie möglich zu beschränken.

Weiterlesen:

[Neue Studie von PAN Europe \(Pesticide Action Network\) zu Glyphosat im Wasser](#)

[Briefing Hintergrund zum Thema: Das Ringen um die Glyphosat – Verlängerung](#)

GEPLANTE DEREGULIERUNG DER GENTECHNIK

Freifahrtschein für Neue Gentechnik muss verhindert werden! EU-Kommission legt Deregulierungsvorschlag für CrisprCas und Co vor

Anfang Juli hat die EU-Kommission einen [Gesetzesvorschlag](#) vorgelegt, der fast sämtliche pflanzlichen Organismen, die unter Einsatz der Neuen Gentechnik erzeugt wurden, von der bisherigen EU-Gesetzgebung ausnehmen soll. Dieser Vorschlag kam nicht überraschend, aber schockierte mit seinen drastischen Vorschlägen: der Vorschlag setzt mit der Neuen Gentechnik erzeugte Organismen, z.B. durch CrisprCas, mit Organismen gleich, die aus konventioneller Züchtung stammen und sogar mit natürlichen Organismen. Durch diese künstlich kreierte und dem wissenschaftlichen Kenntnisstand völlig widersprechende „Äquivalenz“ stellt die EU-Kommission eine vorgebliche Unbedenklichkeit der mittels Gentechnik erzeugten Produkte her, die Sicherheitsvorkehrungen, die es bislang für Gentechnik-Organismen gibt, angeblich unnötig macht. Konkret bedeutet dieser Vorschlag: keine Risikoprüfung, keine Nachweisbarkeit, keine Kennzeichnung für Gentechnik-Pflanzen und Erzeugnisse, die aus diesen hergestellt wurden.

¹ <https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.1803880115>

² Gaupp-Berghausen et al. 2015

³ u.a. <https://science.naturalnews.com/pubmed/20880215.html>

⁴ <https://monographs.iarc.who.int/wp-content/uploads/2018/06/mono112-10.pdf>

⁵ <https://www.mdpi.com/1660-4601/15/12/2885>

⁶ <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC9145961/#>



Damit unterwandert und erodiert der Vorschlag das Grundprinzip der europäischen Umweltpolitik - das in der EU-Verfassung verankerte Vorsorgeprinzip. Zudem sollen die einzelnen EU-Mitgliedsländer keine Möglichkeit des ‚opt-out‘ haben, also die Option, auf ihrem Gebiet, den Anbau und die Nutzung von Gentechniksaatgut bzw. -produkten zu untersagen.

Würde dieser Vorschlag Gesetz, so ließen wir uns auf ein Experiment mit hohen ökologischen und ökonomischen Risiken ein. Denn eines ist klar: Gentechnik unter geschützten Laborbedingungen einzusetzen, ist nicht vergleichbar mit Gentechnik im Freiland. Einmal freigesetzte Organismen werden mit der Umwelt interagieren - sei es durch Drift oder Auskreuzung. Was das für unsere Ökosysteme bedeutet, ist überhaupt nicht abzusehen und eine Rückholbarkeit der einmal freigesetzten Organismen ist nicht gewährleistet.

Die gesamte Branche, der heute gentechnikfrei produzierenden Landwirte und Hersteller – dazu gehört auch die gesamte Ökobranche – wird mit diesem Vorschlag quasi vor die Wand gefahren. Koexistenz ist ohne Nachweisbarkeit und mit unzureichender Kennzeichnung (nur Saatgut) nicht möglich. Die freie Entscheidung der Verbraucher*innen, die durch das Europäische Vorsorgeprinzip eigentlich geschützt werden müsste, wird ausgehebelt.

Völlig unlogisch zum Vorschlag der Kommission steht die nach wie vor mögliche Patentierbarkeit der mit gentechnischen Verfahren erzeugten Produkte. Sie soll bestehen bleiben, obwohl die mit Neuer Gentechnik erlangten Veränderungen sich von natürlichen angeblich nicht unterscheiden; das ist in der Europäischen Patentregelung nicht erlaubt. Patente sind die Triebfeder der Agrokonzerne, in die Entwicklung der Gentechniksarten zu investieren. Sie verleihen Monopole über Saatgut und den anvisierten Profit. Patente führen aber dazu, dass sich das Angebot an freiem und vielfältigem Saatgut weiter verengt.

Mein Fazit: Der Vorschlag der Kommission basiert auf willkürlichen politischen Entscheidungen und hat keinerlei wissenschaftliche Legitimation, im Gegenteil, er ist wissenschaftsignorant. Darüber hinaus ändert sich eines nicht: Wir brauchen die Neue Gentechnik nicht. Auch sie hält bisher die seit Jahren gegebenen Versprechungen - die doch sehr an die Versprechungen der alten Gentechnik erinnern – nicht. Wo sind denn bitte die versprochenen viel schneller herzustellenden trocken-toleranten Sorten, die gleichzeitig Starkregen aushalten, gesünder sind und hohe Erträge bringen? Es gibt sie nicht, weil Natur so nicht manipulierbar ist. Einzelne Gene zu verändern ignoriert die Mechanismen der Epigenetik (der genetischen Interaktion von Individuen und Sorten mit der Umwelt). Statt unsere Hoffnung auf Technofixes zu setzen, sollten wir lieber in eine Ökologisierung der Landwirtschaft mit lokal angepassten Populationssorten investieren.

Aktuell formieren sich im Europäischen Parlament die Verhandlungsteams zur Überarbeitung dieses Kommissionsvorschlages. Mir kommt dabei als Grünem Verhandlungsführer für den Bericht im federführenden Umwelt- und Gesundheitsausschuss (ENVI) eine tragende Rolle zu. Ich werde alles daran setzen, um diesen Kommissionsvorschlag so nicht Gesetz werden zu lassen. Zu drastisch wären die Konsequenzen für unsere Agrarsysteme, unsere Wahlfreiheit als Konsumentinnen und Bauern sowie Artenvielfalt und Gesundheit. Im Ministerrat wird parallel zum Europäischen Parlament an dem Kommissionsvorschlag gearbeitet - Vorgabe der spanischen Ratspräsidentschaft war es, dass der Vorschlag bis Ende des Jahres abgearbeitet sein soll. Die Agrarindustrie, deren Interessen bei den Verhandlungen vor allem durch die Konservativen und Liberalen vertreten werden, werden alles daran setzen, dass die Verhandlungen schnell voran gehen. Ihnen ist daran gelegen, die Deregulierung der Neuen Gentechnik einzutüten, bevor die Zivilgesellschaft Wind davon bekommt.

Weiterlesen:

[PM zur Veröffentlichung des Gesetzesvorschlags zu Neuer Gentechnik](#)

[EU-Konferenz ‚Gentechnikfreies Europa‘ will Freifahrtschein für Gentechnik verhindern](#)

[Faktensammlung Neue Gentechnik 2023](#)



DAS WASSER WIRD KNAPP

Neues Positionspapier zu Wasser



Gesunde Süßwasserökosysteme sind wichtig für die Natur, die Gesellschaft und die Volkswirtschaften. Sie sind eine Quelle für (über-)lebenswichtiges Süßwasser. Darüber hinaus erbringen sie viele wichtige Ökosystemleistungen wie Hochwasserschutz, Kohlenstoffbindung, Grundwasseranreicherung, Wasserreinigung, Trinkwasserversorgung, Nahrungsmittelversorgung und Uferbefestigung. Doch verfügbares Wasser wird immer knapper, da die menschliche Bevölkerung wächst und die Auswirkungen des Klimawandels auf den Wasserkreislauf stärker werden. Die Situation in der EU ist ernst. Süßwasserökosysteme sind zahlreichen Belastungen ausgesetzt: Verschmutzung durch Landwirtschaft und

Industrie sowie Haushalte, übermäßige Entnahme aus Grundwasserleitern und Flüssen, Veränderungen der natürlichen und physikalischen Bedingungen von Flüssen und anderen Süßwasserkörpern durch Wasserkraft, Schifffahrt, Landwirtschaft und Hochwasserschutz.

Veränderungen in Witterung und Klima wurden in den letzten drei Jahren immer schneller, größer und unberechenbarer. Anpassungssysteme zu finden, die Risiken durch den Klimawandel minimieren, ist deshalb existentiell. Aktuell werden die Rufe wieder lauter: Wir bräuchten die neue Gentechnik (CRISPR/CAS und Co), um endlich trocken- oder insektenresistente oder Pflanzen züchten zu können. Der Ruf ist so alt, wie die alte Gentechnik. Diese hat bisher keinerlei derartige Lösungen hervorgebracht, wie sollen auch Pflanzen gleichzeitig trocken- und überflutungstolerant werden? Wie man mit naturbasierten Lösungen besser und schneller für sauberes und ausreichendes Wasser und gleichzeitig für eine Klimaanpassung sorgen kann, das könnt Ihr im [Positionspapier von mir und Sarah](#) lesen.

„NATURE PACKAGE“ GESETZESVORSCHLÄGE DER EU-KOMMISSION



Vorschlag der Kommission zur Neuordnung des Saatgutrechts ist besorgniserregend

Die EU-Kommission hat Anfang Juni ihre [Gesetzesvorschläge zum Saatgutrechts](#) vorgelegt, die zukünftig alles pflanzliche Vermehrungsmaterial mit Ausnahme der Zierpflanzen regeln sollen. Dass die Gesetzgebung fast zwei Jahre später als angekündigt veröffentlicht wird, bringt nun am Ende der Legislatur (Ende Juni 2024) die Verhandlungspartner des EU-Parlaments und des Rats der Mitgliedstaaten unter Zeitdruck. Dass die Übersetzungen des englischsprachigen Kommissionsvorschlages in die amtlichen EU-Sprachen nun dreieinhalb Monate nach der Veröffentlichung des Entwurfes immer noch nicht vorliegen, schließt massiv die Expertise nationaler Sachverständige EU-weit an der Beurteilung des Texts aus.

Zudem weisen die Vorschläge gravierende Mängel auf. Zum einen legt die Kommission quasi einen relativ groben Rechtsrahmen vor, bei dem sie für sich selbst extrem weitreichende Ermächtigungen vorsieht, die

in den folgenden drei Jahren nach Verabschiedung der Basis-Verordnungen konkret ausgearbeitet werden sollen. Bei der Ausarbeitung der nachgelagerten Verordnungen wird das EU-Parlament nicht mehr konsultiert und ist außen vor.



Zum anderen sehen wir im Vorschlag selbst folgende Problemfelder:

- Die Regelungen für Biosaatgut sind in der Verordnung zum [Ökologischen Landbau](#) klar definiert. Der Öko-Verordnung liegen intensive Verhandlungen zwischen EU-Parlament, dem Rat der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission zugrunde. Es ist absolut unakzeptabel, dass die Kommission diese Vereinbarungen nun infrage stellen will, indem sie die Regelungen zu ökologischen Vermehrungsmaterial in die Saatgutverordnung überführen will, zumal sie nicht darstellt, wie und wo genau die Änderungen vorgenommen werden sollen.
- Die Kommission sieht zwar allgemein zur Testung von neuen Biosorten vor, dass sie unter den Bedingungen des ökologischen Landbaus stattfinden, räumt aber sofort über einen Passus ein, dass die zuständigen Behörden auch eine Prüfung unter konventionellen Bedingungen (d.h. mit Einsatz von Pestiziden u. synthetischen Düngemitteln) erlauben darf. Damit kippt sie wesentliche Bedingungen, die maßgeblich dafür sind, dass Ökozüchtung auch robuste und lokal angepasste Sorten hervorbringen kann und öffnet für Greenwashing am Saatgutmarkt Tür und Tor.
- Der Tausch von Saatgut über Gendatenbanken und das Recht der Landwirte ihr Saatgut an Nachbarn abzugeben, wird drastisch erschwert und wäre nur in kleinen Mengen möglich.

Sehr beunruhigend ist, dass die Kommission viele der (Eigen-) Zulassungsprüfungen an (große) Unternehmen abgeben will. Die neutrale Aufsichtshoheit der Behörden wird komplett geschwächt und kann, wenn ein Mitgliedstaat Kosten sparen will, ausgehebelt werden.

Vorschlag zum Bodenschutzgesetz: schwach

Anfang Juni wurde der lang ersehnte Vorschlag der EU-Kommission zu einer [neuen „Richtlinie zur Bodenüberwachung“](#) veröffentlicht. Von dem von der [EU-Kommission in ihrer Bodenstrategie](#) angekündigte und versprochene „Bodenschutzgesetz“ ist in diesem Vorschlag nicht mehr viel zu finden. Der Vorschlag ist zu meinem großen Bedauern sehr schwach. Das Erreichen gesunder Böden bis 2050 wird nur als Perspektive und mögliche Folge von Maßnahmen erwähnt. Der Vorschlag enthält keine Zielvorgaben oder Verpflichtungen zur Erstellung von Plänen und – völlig unverständlich im Hinblick auf die [EU-Biodiversitätsstrategie](#) – keine Vorgaben oder Instrumente zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt in Böden. Im Prinzip legt der Vorschlag nur fest, wie der Bodenzustand beobachtet und bewertet werden soll – und lässt sogar dafür wichtige Kriterien aus.

Ohne einen Fahrplan und rechtsverbindliche Ziele bleibt unklar, wie der Vorschlag das Ziel gesunder Böden bis 2050 erreichen will. Darüber hinaus ist das Ziel selbst sehr schwach, denn es kommt viel zu spät. Es gibt auch keine Zielvorgabe für einen Rückgang der Flächeninanspruchnahme, dabei führt die Bodenversiegelung jedes Jahr zum Verlust von mehr als 1000 Quadratkilometern produktiver Fläche in der EU.

In der 2021 vorgestellten [Bodenschutzstrategie](#) für einen EU-weiten Rahmen für den Schutz und die nachhaltige Nutzung des Bodens hatte die EU-Kommission die verschiedenen Bedrohungen des Bodens noch mehr als deutlich angesprochen und bedauert, dass es nach wie vor keinen EU-weiten Schutzrahmen für Böden gibt. Auch das [Europäische Parlament hatte 2021 in einer Resolution einen verbindlichen Legislativvorschlag zum Schutz des Bodens gefordert](#).

Was nun auf dem Tisch liegt, ist mehr als enttäuschend. Die Kommission hat ihre Chance verpasst, einen ambitionierten Entwurf vorzulegen. Jetzt ist das Parlament dran und muss den Vorschlag verbessern wo immer möglich, dafür werde ich mich einsetzen.

Weiterlesen:

[Joint Position Paper von NGOs und Wissenschaftlern für ein ambitioniertes Bodenschutzgesetz](#)
[PM zur Veröffentlichung des Kommissionsvorschlags Bodenschutzrichtlinie](#)



AKTUELLES

Viel erreicht, noch mehr zu tun – Ich will die Grünen Hessen wieder in Europa vertreten!



Hessen hat entschieden und ich möchte mich für Euer Votum für die Europaliste aus Hessen bedanken!

In den vergangenen Jahren habe ich viele unserer Ziele im Europaparlament erreicht – aber es ist noch mehr zu tun! Deshalb will ich weitermachen. Für Europa und für eine ökologischere Landwirtschaft.

Hessen spielt in Europa eine wichtige Rolle, und ich vertrete die Hessischen Grünen seit 2009 im Europaparlament - als Agrarpolitischer Sprecher für die Europäischen Grünen im Agrarausschuss und im Umweltausschuss.

Als Biobauer bringe ich mein Wissen und meine Erfahrungen in die Politik ein und kämpfe für eine nachhaltigere Landwirtschaft mit weniger Chemieeinsatz, artgerechter Tierhaltung und

weniger Antibiotika in der Tiermast. Ich habe als Verhandlungsführer ein neues Bio-Recht für mehr Vertrauen in das EU-Bio-Siegel durchgesetzt. Im Umweltausschuss haben wir als Grüne sehr viel erreicht, ich selbst bei den Verhandlungen für mehr erneuerbare Energien in Europa, entwaldungsfreie Lieferketten und europaweiten Schutz der Wälder.

Der dringend nötige Wandel in der Umwelt- und Agrarpolitik geht nur mit starken Grünen im Europaparlament. Danke für euer Votum, Euer Vertrauen motiviert mich für die nächsten fünf Jahre.

Agrar- und Umwelt- Referent*in gesucht für mein Büro in Berlin

Wenn ihr Lust auf einen spannenden, abwechslungsreichen Job im dynamischen und fordernden Umfeld der Agrar- und Umweltpolitik habt, dann bewirbt euch noch bis zum 27.09.23!

Mehr Infos zur Stelle gibt es hier: <https://www.martin-haeusling.eu/?view=article&id=2760:agrar-und-umwelt-referent-in-w-m-d-gesucht&catid=8>

TERMINVORSCHAU

22.09.23, 19:30 bis 21:00 Uhr in Nürnberg: „Gentechnik in unserem Knoblauchsland? Was bedeutet der Vorschlag der EU-Kommission für gentechnikfreien Anbau in der Zukunft?“

Der Kreisverband Nürnberg von Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Nürnberg von Bündnis 90/Die Grünen veranstaltet zusammen mit Martin Häusling, dem agrarpolitischen Sprecher der Europafraktion der Grünen und Karl Bär, Berichterstatter für Pflanzenzüchtung in der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine Abendveranstaltung zum Thema Neue Gentechnik. Gemeinsam wollen wir diskutieren, was der Vorschlag der EU-Kommission zur Deregulierung der neuen Gentechnik für Bayern, Mittelfranken und insbesondere das Knoblauchsland bedeuten würde. Neben dem Kreisverband und den beiden Agrarpolitikern diskutieren ein Vertreter des BUND Naturschutz Bayern sowie eine Vertretung der Bauernschaft mit.

Mehr Infos [hier](#) und Anmeldung [hier](#).



05.10.23, 20:00 bis 22:00 Uhr in Ulm: „Diskussionsveranstaltung zum Thema Gentechnik(de)regulierung“

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Umweltausschusses im Deutschen Bundestag, Harald Ebner, und dem Bündnis für eine Agrogentechnikfreie Region werde ich am 5.10. über den Deregulierungsvorschlag der EU-Kommission zu Gentechnik sprechen. Mitdiskutieren werden Verbände aus Umwelt- und Naturschutz und Landwirtschaft, die Gentechnikfreien Regionen, die Kirchen, die Grünen vor Ort, Landwirte aus der Region und darüber hinaus. Im Rahmen der Veranstaltung soll eine Ulmer Erklärung verabschiedet werden, die von den Anwesenden mitgezeichnet werden soll.

Mehr Infos, auch zur Anmeldung bald [hier](#).

20.10.23, 10:00 bis 18:00 Uhr in Bad Zwesten: „Wald im Klimawandel - Unser Wald im Zangengriff der Klimakrise – welche Möglichkeiten haben wir noch?“

Die Folgen der rasant voranschreitenden Erderwärmung stellen den Wald - und somit auch uns Menschen – vor große Herausforderungen. Durch die Häufung und Verschärfung von Witterungsextremen wie Hitze, Trockenheit und Stürme werden Wälder geschwächt, und durch vermehrte klimatische Stresssituationen und Schädlingsbefall stirbt ein erheblicher Baumbestand ab. Auf der Wald-Tagung werden wir mögliche Wald-Anpassungsstrategien in Zeiten der Erderwärmung in den Mittelpunkt stellen. Auch werden die verschiedenen Nutzungskonflikte um den Wald diskutiert.

Programm und Link zur Anmeldung gibt es [hier](#).

27.10.23, 10:30 bis 12:30 in der Heinrich Böll Stiftung Berlin und Online: „Studienvorstellung eines neuen Dossiers von Klaus-Henning Groth und Carsten Rocholl: Weg ist weg – warum es keine Alternative zum Artenschutz gibt“

Nachdem es die Klimakatastrophe über eine lange Themenkarriere mit einer geradezu absurd flachen „Lernkurve“ (und zu spätem Handeln) bei den politischen Verantwortlichen mittlerweile in die hohe Politik geschafft hat, konnte das der weiteren fundamentalen und mindestens ebenso bedrohlichen Katastrophe bislang kaum gelingen: der Biodiversitätskatastrophe. Zu langsam greift noch die Erkenntnis, dass es sich hier um eine Zwillingsskizze handelt, die nur gemeinsam gelöst werden kann. Zur Klimakatastrophe ist viel gesagt und geschrieben worden. Im Folgenden soll es um das Auslöschung von Arten samt ihres genetischen Potentials und ihrer Lebensräume gehen. Wo also stehen wir, was kann getan werden, und was geschieht bereits?

Mehr Infos, auch zur Anmeldung bald [hier](#).

TERMINRÜCKBLICK

22.05.2023 - Studienvorstellung „Antibiotika-Einsatz in der Nutztierhaltung reduzieren“



Weltweit sind sich ausbreitende Antibiotikaresistenzen ein großes gesundheitliches Problem. Besonders besorgniserregend sind die Resistenzen gegen Reserveantibiotika: Antibiotika, die als einzige Antibiotika noch wirksam sind, wenn die gängigen Antibiotika nicht mehr wirken. Der Einsatz von Antibiotika in der Tiermast trägt bedeutenden Anteil an der Ausbreitung der Resistenzen.

[Aufzeichnung auf YouTube.](#)

[Link zur Studie Antibiotika reduzieren – Reserveantibiotika bei Nutztieren](#)



24.05.2023 - Webinar „Hohe Wildbestände als Hindernis der natürlichen Waldverjüngung“



Der Wald schwächtelt. Er ist durch den Klimawandel stark beeinträchtigt, allein 500 000 Hektar Wald sind seit 2018 durch die Dürresommer vertrocknet. Insekten und Schädlinge setzen den Bäumen zusätzlich zu. In dieser ohnehin schwierigen Situation für den Wald führen zu hohe Wildbestände zu gravierenden Schäden. Die hohen Bestände stehen nun im Widerspruch zur Waldverjüngung. Wie Waldumbau funktionieren kann und welche Jagd es dafür braucht, darüber habe ich am 24. Mai diskutiert, u.a. mit Axel Vogel. [Aufzeichnung auf YouTube](#) und [Präsentationen](#).

02.06.2023 - Veranstaltung „Kein Hunger bis 2030? Stand der Ernährungssicherheit und die Rolle der EU“



Seit drei Jahren steigt die Zahl der Menschen, die weltweit an Hunger und Mangelernährung leiden, wieder dramatisch an. Betroffen sind derzeit 10% der Weltbevölkerung. Gründe dafür: Der Russische Angriffskrieg auf die Ukraine, andere gewaltsame Konflikte, sowie der Klimawandel, und Nahrungsmittelspekulation. Angesichts der anhaltenden Krisen, mit denen das globale Ernährungssystem konfrontiert ist, ist der Beitrag der EU zur Förderung der Ernährungssicherheit wichtiger denn je. Aber wie übernimmt Europa globale Verantwortung für die Welternährung? [Aufzeichnung auf Youtube](#)

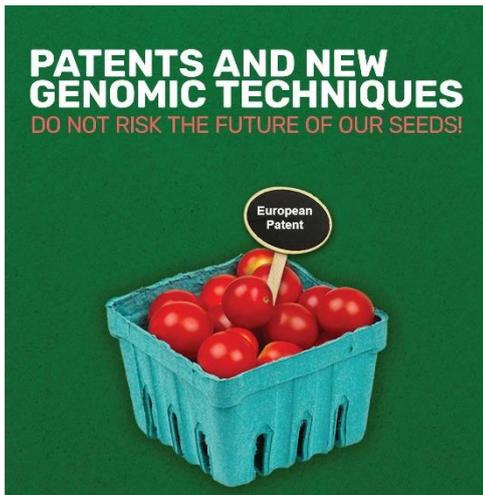
19.06.2023 - Veranstaltung „EU-Mercosur Abkommen: Konsequenzen für Landwirtschaft, Wälder & Klima“



Das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) ist heftig umstritten. Dennoch drängen nach über zwanzigjähriger Verhandlung immer mehr Akteur*innen auf einen Abschluss des Abkommens. Im Gespräch mit Expert*innen aus Politik und Zivilgesellschaft, aus der EU, Deutschland und dem Mercosur diskutieren wir die Auswirkungen des geplanten Abkommens insbesondere auf Landwirtschaft, Entwaldung und Menschenrechte. [Aufzeichnung auf Youtube](#)



06.07.2023 - Veranstaltung „Patente und Neue Gentechnik“



Die landwirtschaftliche Biotechnologie-Industrie betreibt eine intensive Lobbyarbeit, um Pflanzen, die mit der sog. "neuen Gentechnik" erzeugt wurden, von der EU-GMO-Verordnung auszuschließen, die die Rückverfolgbarkeit und die Kennzeichnung dieser Produkte für den Verbraucher vorschreibt. Die Industrie meldet immer mehr Patente für solche Pflanzen an. Gleichzeitig arbeitet sie daran, den Geltungsbereich von Patenten auf konventionell gezüchtete Pflanzen auszuweiten. Wenn diese Bemühungen der Industrie erfolgreich sind, wird es in der EU zu einer Flut von patentiertem Saatgut kommen, die sowohl gentechnisch verändertes als auch konventionelles Saatgut umfasst. Dies hätte schwerwiegende Folgen für Züchter, Landwirte, Lebensmittelhersteller und Verbraucher.

[Aufzeichnung auf Youtube](#)

25.07.2023 - Veranstaltung „Gentechnik bald durch die Hintertür?“



Die Agro-Gentechnik-Industrie betreibt eine intensive Lobbyarbeit, um Pflanzen, die mit der sog. „neuen Gentechnik“ erzeugt wurden, mit konventionellen Züchtungen gleichzusetzen. Eine Risikoeinschätzung und die Kennzeichnung soll wegfallen. Somit würde die Rückverfolgbarkeit dieser Produkte für Landwirte unmöglich und für Verbraucher*innen wäre nicht mehr nachvollziehbar, ob Gentechnik in Produkten steckt. Bio-Flächen wären von Verunreinigungen bedroht. Hinzu kommt, dass die Industrie immer mehr Patente für solche Pflanzen anmeldet. Dies hätte schwerwiegende Folgen für Zuchtbetriebe, landwirtschaftliche Unternehmen, den Lebensmittelsektor, aber auch für die Verbraucher*innen. Darüber habe ich auf meiner Sommertür in Bayern mit MdL Gabriele Triebel diskutiert.

22.08.2023 - Veranstaltung „Landwirtschaft und Biodiversität in Europa“



Die EU hat sich mit der Farm-to-Fork-Strategie vorgenommen, das derzeitige EU-Lebensmittelsystem nachhaltig zu gestalten. Die Strategie trägt dazu bei, Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. Das wird mit wesentlich weniger Pflanzenschutzmitteln, mineralischen Düngemitteln und Antibiotika flankiert werden müssen. Ökologische Landwirtschaft wird aufgebaut, ein nachhaltiges Nahrungsmittelkonsumverhalten gefördert, Lebensmittelverschwendung reduziert und Tierwohl verbessert werden. Viele Landwirtinnen und Landwirte haben sich schon auf den Weg gemacht, aber die EU-Kommission kommt ihren Ankündigungen aus der Farm-to-Fork-Strategie nicht nach.

Darüber habe ich am 22. August in NRW mit u.a. Ophelia Nick, parl. Staatssekretärin diskutiert.



07.09.2023 - Konferenz „GVO-Freies Europa“



Die Europäische Union steht vor einem Paradigmenwechsel in ihrem Umgang mit der Gentechnik in der Landwirtschaft. Nach dem [aktuellen Vorschlag der EU-Kommission](#) würden die meisten gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und ihre Produkte auf dem europäischen Markt nicht mehr gekennzeichnet, rückverfolgbar und individuell risikobewertet sein. Hier müssen EU-Parlament und der Rat der Mitgliedsländer jetzt gegensteuern.

Während die beiden Institutionen mit der Prüfung dieses Vorschlags beginnen, untersucht die

Konferenz "GVO-freies Europa" dessen Auswirkungen auf den Umweltschutz, die landwirtschaftlichen Praktiken, die Lebensmittelmärkte, die Landwirte und die Verbraucherrechte. Alle Video-Aufzeichnung (DE/EN/FR) unter www.gmo-free-regions.org

KONTAKT UND IMPRESSUM

Für Kontakte, Anregungen und Kommentare stehe ich und mein Team in Brüssel, Wiesbaden und Berlin euch gern zur Verfügung: [Kontaktmöglichkeiten](#).

V.i.S.d.P. Martin Häusling (MdEP)

Die Anmeldung für den Newsletter findet ihr [hier](#).

Bildquellen: pixabay.de